

Außenwirtschaft

Eine Außenwirtschaftsstrategie für Bayern

vbw

Position
Stand: März 2026

Die bayerische Wirtschaft



Vorwort

Bayern braucht eine Außenwirtschaftsstrategie

Der wirtschaftliche Erfolg und damit der Wohlstand Deutschlands und Bayerns beruhen zu einem großen Teil auf der Internationalisierung unserer Wirtschaft. Als Volkswirtschaft mit einem kleinen Binnenmarkt und zugleich einem hohen Industrieanteil sind wir auf den Export angewiesen. Umgekehrt benötigt gerade auch die Industrie Importe von Rohstoffen, die im Inland nicht vorkommen, sowie von Vorprodukten, die an kostengünstigeren Standorten hergestellt werden.

Es gibt keine Alternative zu unserem auf Außenhandel und Internationalisierung ausgerichteten Geschäftsmodell. Dies betrifft den internationalen Handel ebenso wie grenzüberschreitende Investitionstätigkeit. Aber wir müssen unser Geschäftsmodell an die Verschiebungen in der Weltwirtschaft und an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen.

Vor diesem Hintergrund braucht Bayern als international ausgerichtete und global integrierte Volkswirtschaft Bayern eine Außenwirtschaftsstrategie, die Antworten auf die veränderten Herausforderungen gibt. Mit unserer Broschüre legen wir als vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. eine Außenwirtschaftsstrategie für den Freistaat vor.

Bertram Brossardt
11. März 2026

Inhalt

1	Die Ziele	1
1.1	Liefer- und Absatzmärkte diversifizieren	1
1.2	Auf Wachstums- und Rohstoffmärkte fokussieren	1
1.3	Energie- und Rohstoffpartnerschaften auf- und ausbauen	1
1.4	Fachkräfte- und Arbeitskräftegewinnung als Ziel aufnehmen	2
1.5	Internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken	2
1.6	Für ein Level Playing Field in der internationalen Zusammenarbeit einsetzen	3
2	Maßnahmen	4
2.1	Neujustierung der Instrumente der bayerischen Außenwirtschafts- förderung	4
2.2	Wirtschaftsorientierte bayerische Entwicklungspolitik	4
2.3	Partnerschaftsabkommen	5
2.4	Weitere Maßnahmen	5
2.5	Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene	6
	Ansprechpartner/Impressum	7

1 Die Ziele

Anpassung unseres Geschäftsmodells an die veränderte Weltwirtschaft

Bayern ist in den internationalen Handel und in die globalen Wertschöpfungsketten eingebunden. An diesem Geschäftsmodell müssen wir festhalten, wir müssen es aber an die veränderten Rahmenbedingungen anpassen. Wir brauchen deshalb eine Außenwirtschaftsstrategie, die auf die neuen Herausforderungen reagiert und sicherstellt, dass unser international ausgerichtetes Geschäftsmodell auch in Zukunft erfolgreich ist und für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand im Freistaat sorgt.

1.1 Liefer- und Absatzmärkte diversifizieren

Die weltwirtschaftlichen und geopolitischen Entwicklungen der letzten Jahre haben die Anfälligkeiten unserer Liefer- und Wertschöpfungsketten aufgezeigt. Unternehmen müssen zwischen Effizienz und Kostenoptimierung auf der einen Seite und Versorgungssicherheit auf der anderen Seite neu abwägen. Zur Erhöhung der Resilienz ist eine Diversifizierung der Liefer- und Absatzmärkte notwendig. Es wäre falsch, Abhängigkeiten dadurch reduzieren zu wollen, indem man sich von einzelnen Handelspartnern abkoppelt. Vielmehr müssen zusätzliche Partner gewonnen werden. Die bayerische Außenwirtschaftsstrategie muss dem Ziel der Diversifizierung Rechnung tragen.

1.2 Auf Wachstums- und Rohstoffmärkte fokussieren

Die Maßnahmen und Instrumente der bayerischen Außenwirtschaftspolitik sollten gezielt auf Wachstums- und Potenzialmärkte ausgerichtet werden. Einen weiteren Schwerpunkt sollten Länder und Regionen mit Rohstoffvorkommen bilden, um die entsprechende Versorgung unserer Wirtschaft zu sichern. Unter diesem Blickwinkel stehen vor allem der Asien-Pazifik-Raum, Lateinamerika, die Golfregion und Afrika im Fokus. Zwar stehen als Handelspartner zunächst Staaten im Fokus, die unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem teilen, wir dürfen und sollten andere Staaten aber nicht ausschließen.

1.3 Energie- und Rohstoffpartnerschaften auf- und ausbauen

Zur Sicherung des Zugangs zu kostengünstigen und zuverlässigen Energie- und Rohstoffquellen, die für den Industriestandort Bayern von enormer Bedeutung sind, muss die bayerische Staatsregierung internationale Energie- und Rohstoffpartnerschaften auf- und ausbauen bzw. sich hierfür auf Bundes- und EU-Ebene einsetzen. So muss bspw. die Initiative „Wasserstoff International“ erweitert und die Wirtschaft zwingend einbezogen werden. Den Einsatz für einen Anschluss des Freistaats an das nationale und internationale Wasserstoffnetz begrüßen wir. Gleichzeitig sollte der Freistaat den Aufbau eigener Netzkapazitäten aus Nordafrika prüfen. Neben dem Vorantreiben der Energiewende sind internationale

Die Ziele

Abhängigkeiten durch Lieferkettendiversifizierung zu reduzieren. Internationale Partnerschaften fördern zudem die Möglichkeiten, dass von bayerischen Unternehmen entwickelte und hergestellte Technologien auf Auslandsmärkten abgesetzt werden.

1.4 Fachkräfte- und Arbeitskräftegewinnung als Ziel aufnehmen

Eine zentrale Herausforderung sowohl für Unternehmen, die bereits am Standort Bayern tätig sind, als auch für Firmen, die sich in Bayern ansiedeln wollen, ist die Verfügbarkeit von Fach- und Arbeitskräften. Deshalb sollte die Bayerische Staatsregierung dieses bedeutende Thema als explizites Ziel in ihre Außenwirtschaftsstrategie aufnehmen und von der Anwerbung im Ausland bis zur Integration in Bayern betrachten. Es sollten gezielt Partnerschaften mit Staaten eingegangen werden, die ein Überangebot an Arbeitskräften haben, zum Beispiel Ägypten, Indien oder Marokko. Hier sollten spezifische Projekte aufgesetzt werden, die die Bewerberinnen und Bewerber fachlich, sprachlich und kulturell gezielt auf den bayerischen bzw. deutschen Arbeitsmarkt vorbereiten und die die Einreise- und Anerkennungsverfahren vereinfachen und beschleunigen. Insgesamt ist es neben dem Fachkräftemarketing wichtig, schlanke, transparente und zügige Verwaltungsprozesse für Unternehmen und ausländische Fach- und Arbeitskräfte umzusetzen. Das Einrichten einer „Fast Lane“ für Fachkräfte aus dem Ausland im Juli 2025 begrüßen wir in diesem Zusammenhang. Die Anerkennungs- und Einreiseverfahren zu zentralisieren und die beteiligten Institutionen miteinander zu verzahnen ist der richtige Schritt, damit Arbeitskräfte zügig in den Unternehmen eingesetzt werden können. Um zu verhindern, dass ausländische Fachkräfte wieder abwandern, müssen flächendeckend Welcome-Center eingerichtet werden, die als zentrale Anlaufstelle fungieren und bei allen Fragen zum Leben und Arbeiten in Deutschland informieren und unterstützen. Eine weltoffene und vielfältige Gesellschaft ist Grundvoraussetzung dafür, dass sich ausländische Fachkräfte willkommen fühlen und Bayern zu ihrer neuen Heimat machen. Der Freistaat muss sich dafür einsetzen, dass sich Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund in Bayern sicher und zuhause fühlen können.

1.5 Internationale Wettbewerbsfähigkeit des Standorts stärken

Um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft langfristig zu stärken und um gleichzeitig ausländische Unternehmen und Investoren zu gewinnen, müssen die Rahmenbedingungen am Wirtschaftsstandort Bayern kontinuierlich verbessert werden. Hierfür muss der Freistaat insbesondere weiterhin in die Innovationsfähigkeit des Standorts investieren. Dies geschieht durch die Maßnahmen der Hightech Agenda und Hightech Agenda Plus sowie im Rahmen von IPCEI-Projekten ebenso wie durch niederschwellige Instrumente für mittelständische Unternehmen wie die Innovationsgutscheine und die Initiative „Hightech Transfer Bayern“, durch die sichergestellt wird, dass bayerische Unternehmen von den Ergebnissen bayerischer Forschung und Entwicklung profitieren. Ebenso notwendig sind kontinuierliche Investitionen in die Verkehrs-, Bildungs- und digitale Infrastruktur sowie ein nachhaltiger Bürokratieabbau inklusive einer Beschleunigung und Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsprozessen.

1.6 Für ein Level Playing Field in der internationalen Zusammenarbeit einsetzen

Damit bayerische Unternehmen international erfolgreich Geschäfte machen können, muss sich die bayerische Staatsregierung auf Bundes- und EU-Ebene für faire Wettbewerbsbedingungen und gegen Wettbewerbsverzerrungen einsetzen. Ziel muss es sein, Reziprozität bei Handels- und Investitionsbedingungen einzufordern und so für ein Level Playing Field zu sorgen. Dazu zählt neben dem Eintreten für den Freihandel die Reform der WTO, um über einen effektiven Streitbeilegungsmechanismus zu verfügen und das WTO-Subventionsübereinkommen zu reformieren. Wenn multilaterale Lösungen nicht zur Verfügung stehen, kann die EU einseitige Maßnahmen als Second-Best-Lösung ergreifen. Diese müssen verhältnismäßig und WTO-konform sein, damit sie keine Vergeltungsspirale in Gang setzen, sondern den regelbasierten Handel stärken.

2 Maßnahmen

Konkrete Maßnahmen zur Erreichung unserer strategischen Ziele

Die konkreten Maßnahmen der bayerischen Außenwirtschaftspolitik müssen sich an den strategischen Zielen ausrichten. Vieles kann im Freistaat selbst umgesetzt werden. Gleichzeitig muss sich der Freistaat auf Bundes- und auf EU-Ebene für eine Außenwirtschaftspolitik einsetzen, die diesen Zielen gerecht wird.

2.1 Neujustierung der Instrumente der bayerischen Außenwirtschaftsförderung

- Die Förderinstrumente auf Landesebene sowie die Aktivitäten der Tochtergesellschaften des Freistaats müssen konsequent an den strategischen Zielen – Diversifizierung; Fokus auf Wachstumsmärkte in Asien, Lateinamerika und Afrika; Energie- und Rohstoffpartnerschaften; Arbeits- und Fachkräftegewinnung – ausgerichtet werden.
- Das Messeprogramm sowie die Delegations- und Unternehmerreisen müssen auf dynamisch wachsende Märkte sowie Regionen mit Energie- und Rohstoffvorkommen fokussiert werden. Hierfür müssen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen. Die Wirtschaft ist bei der Vorbereitung und Planung von Auslandsreisen frühzeitig einzubeziehen. Je nach Zielregion ist eine hochrangige politische Begleitung unerlässlich.
- Auch das Netz der Auslandsrepräsentanzen sollte unter diesem Blickwinkel optimiert werden. Wir begrüßen die Eröffnung der bayerischen Auslandsrepräsentanz in Kenia für Ostafrika und die geplante Eröffnung einer Repräsentanz in Thailand. Zur Optimierung gehört aber auch, die Notwendigkeit bestehende Repräsentanzen zu prüfen.
- Auch die Auslandsrepräsentanzen müssen das Ziel der Arbeits- und Fachkräftegewinnung als strategisches Ziel in den Blick nehmen.
- Zudem muss im Falle der Kooperationsmodelle mit den AHKn sichergestellt werden, dass die Auslandsrepräsentantinnen und -repräsentanten des Freistaats sich dieser besonderen Rolle bewusst sind und entsprechend gezielt agieren.
- Die Förderinstrumente der LfA sollten stärker am Ziel der Diversifizierung ausgerichtet werden. So ist z. B. eine überdurchschnittliche Förderung von Geschäften und Investitionen in Ländern denkbar, in denen ein Unternehmen bisher noch nicht aktiv war.
- Die Exportmöglichkeiten von Unternehmen sollten durch die Erleichterung sog. „Barter-Geschäfte“ (Kompensationsgeschäfte; z.B. Bezahlung von Maschinenexporten durch Rohstofflieferungen) erweitert werden.

2.2 Wirtschaftsorientierte bayerische Entwicklungspolitik

- Der Freistaat sollte verstärkt entwicklungspolitisch aktiv werden und hierbei wirtschaftsorientierte Partnerschaften auf Augenhöhe mit Entwicklungsländern schließen.

Maßnahmen

- Wirtschafts- und Entwicklungspolitik müssen als Einheit verstanden werden. Investitionen privater Unternehmen leisten einen entscheidenden Beitrag für die globale Entwicklung, die langfristig neue Absatzmöglichkeiten für bayerische Unternehmen schafft
- Damit bayerische Unternehmen den Markteintritt in Schwellen und Entwicklungsländer wagen, um ihre Geschäfte zu diversifizieren und einen Beitrag zur Erreichung entwicklungspolitischer Ziele leisten zu können, braucht es gezielte politische Unterstützung. Deshalb sollten auch das Messebeteiligungsprogramm und die Delegationsreisen den Aspekt der Entwicklungspolitik mitberücksichtigen.
- Maßnahmen der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit müssen weiter eng an den Bedarfen der Unternehmen ausgerichtet werden, dies gilt auch in Bezug auf Arbeits- und Fachkräfteinitiativen.
- Der Zugang zu kritischen Rohstoffen muss ebenfalls Teil einer bayerischen Entwicklungspolitik sein.

2.3 Partnerschaftsabkommen

Der Freistaat sollte über seine Tochtergesellschaften und Auslandsrepräsentanzen Partnerschaftsabkommen schließen

- mit Innovations- und Wachstumsregionen, vor allem in Asien, Lateinamerika und Afrika,
- mit Regionen mit Energie- und Rohstoffvorkommen,
- mit Staaten, die ein Interesse haben, Arbeitskräfte nach Bayern zu entsenden. Im Rahmen dieser Partnerschaften können Projekte zur Qualifizierung und Sprachausbildung von Arbeitskräften aufgesetzt werden, um die Chancen des beschleunigten Fachkräfteverfahrens zu nutzen.

2.4 Weitere Maßnahmen

- Die Digitalisierung bei Zoll- und Verwaltungsvorgängen muss zügig vorangetrieben werden.
- Außenhandelsrelevante Infrastruktur ist auf- und auszubauen (u.a. ICE-Anbindung des Flughafens München, Anbindung Brenner-Basis-Tunnel, Einsetzen für Direktflugverbindungen zwischen München und Zielen der o.g. strategischen Zielregionen).
- Die Internationalisierung der bayerischen Cluster muss vorangetrieben werden.
- Die Qualifikationsanerkennung von ausländischen Arbeitskräften muss weiter vereinfacht und vereinheitlicht werden. (z. B. parallele Prüfung unterschiedlicher Qualifikationsstufen)
- Zu den außenwirtschaftlichen Zielen gehört auch, ausländische Investitionen anzuziehen. Hierfür ist eine stetige Verbesserung der allgemeinen Standortbedingungen notwendig. Zudem ist eine ausreichende finanzielle Ausstattung von *Invest in Bavaria* notwendig.
- Die bayerische Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten kann der Freistaat durch Vorantreiben der Energiewende sowie der Rohstoffgewinnung und den Ausbau der Kreislaufwirtschaft reduzieren.

Maßnahmen

- Das Anwerben von Studentinnen und Studenten aus dem Ausland muss weiter gefördert werden. Es ist wesentlich leichter, diese nach Abschluss des Studiums in Bayern zu halten, als im Ausland ausgebildete Fachkräfte und Experten anzuwerben. Zudem sind diese Personen wichtige Ansprechpartner und erfüllen eine Schnittstellenfunktion, wenn sie später in ihre Heimatländer zurückkehren und in der dortigen Wirtschaft tätig sind.

2.5 Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene

- Auf Ebene der Europäischen Union muss sich der Freistaat für den Abschluss von weiteren Handels-, Investitions- und Rohstoffabkommen einsetzen. Diese sollten Umwelt- und Arbeitsstandards enthalten, die ein Level Playing Field sicherstellen, ohne unsere Unternehmen zusätzlich zu belasten. Allerdings dürfen die Anforderungen nicht so hoch sein, dass unsere Verhandlungspartner überfordert und abgeschreckt werden.
- Außerdem muss sich Bayern dafür einsetzen, dass nach wie vor bestehende Barrieren im innereuropäischen Handel abgebaut werden.
- Zudem muss sich Bayern für eine Modernisierung der EU-Beihilferegeln einsetzen.
- Auf Bundesebene sollte sich der Freistaat dafür einsetzen, dass auch die Exportförderung und die Investitionsschutzmaßnahmen des Bundes stärker am Ziel der Diversifizierung ausgerichtet werden.
- Zudem sollte der Freistaat auf Bundesebene darauf drängen, dass die Stärkung des globalen Handels und der Zugang zu kritischen Rohstoffen und Ressourcen als zentrales Ziel der deutschen Entwicklungspolitik verfolgt wird.
- Der Freistaat muss einen umfassenden Bürokratieabbau und mehr Pragmatismus bei der Exportfinanzierung auf Bundesebene einfordern und hier konkrete Vorschläge machen. Dazu gehört auch die Flexibilisierung der Sektorleitlinien für Exportkreditgarantien.
- Ebenso muss der Freistaat auf Bundesebene dringend eine Beschleunigung und Vereinfachung der Prozesse für die Erteilung von Arbeitsvisa einfordern.

Ansprechpartner/Impressum

Volker Leinweber

Geschäftsführer, Leiter der Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-133
volker.leinweber@vbw-bayern.de

Marion Zilker

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-482
marion.zilker@vbw-bayern.de

Lisa Zölch

Abteilung Volks- und Außenwirtschaft

Telefon 089-551 78-258
lisa.zoelch@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich ohne jede Diskriminierungsabsicht grundsätzlich auf alle Geschlechter.

Herausgeber

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Februar 2026